

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 848 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Jannis Sakellariou MdEP wirft Bayerns Ministerpräsident Stoiber vor, sich an der Stimmtisch-Hoheit zu orientieren: Anschlag auf Europa.

Seite 1

Michael Habermann MdB skizziert einen neuen Eckpfeiler der Familienpolitik: SPD will gesellschaftlich getragene Grundsicherung für Kinder durchsetzen.

Seite 3

Ernst Waltemathe MdB bewertet das Ergebnis der chilenischen Wahlen: Demokratische Stabilisierung und behutsamer sozialer Fortschritt.

Seite 4

Dokumentation

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB erinnerte bei einer Gedenkstunde auf dem Bonner Südfriedhof an Erich Ollenhauer, der vor 30 Jahren verstarb. Seine Rede im Wortlaut.

Seite 6

Neue Adresse ab 1.1.1994:

Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

48. Jahrgang / 238 / 14. Dezember 1993

Ein Anschlag auf Europa!

Der bayerische Ministerpräsident orientiert seine Politik an der Stimmtisch-Hoheit

Von Jannis Sakellariou MdEP

In kaum verhohlener Art und Weise hat der CSU-Europaabgeordnete Friedrich vor kurzem in Brüssel zugegeben, daß der europapolitische Rechtsrutsch des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber in erster Linie wahltaktisch begründet ist.

Stoiber geht es nicht darum, die Ängste und Sorgen der Menschen aufzunehmen, sondern - ohne Rücksicht auf übergeordnete deutsche und bayerische Interessen - seine machtpolitischen Ziele durchzusetzen. Um dies zu erreichen, wendet der CSU-Matador ein vielversprechendes Rezept an: Man tarne sich mit den Ängsten und Unbehagen der Menschen über die Europäische Union und lasse sich vom populistischen Rückenwind der "Reps" und Brunners zum (Wahl-)Sieg tragen.

Mit Wahltaktik nicht mehr zu rechtfertigen ist jedoch Stoibers Begründung, warum er mit der Europa-Politik von Adenauer, Kohl und auch Strauß bricht: Mit der deutschen Einheit brauche man die Europäer und die europäische Identität. Jetzt - nach der Einheit - könne man getrost auf sie verzichten. Schließlich habe man ja, was man wolle. Das ist keine Wahltaktik mehr. Das ist europäische Brandstiftung!

Klar ist: Mit Verantwortungsbewußtsein oder den Interessen des Wählers hat eine solche Politik nichts zu tun. Es kann Stoiber ohne weiteres unterstellt werden, daß er sich der Widersprüche und Ungeheimheiten seiner angekündigten Europa-Wende bewußt ist.

Denn wohin ein Abbau der Integration führen würde, läßt sich andeutungsweise jetzt schon erahnen: allein die Währungsunruhen im September 1992 haben beim VW-Konzern zum Abbau von 2.000 Arbeitsplätzen geführt. Nach der faktischen Aussetzung des Europäischen Währungssystems im August diesen Jahres wird abzuwarten sein, wieviel Arbeitsplätze wegen der jetzt wieder größeren Risiken im Außenhandel verloren gehen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kommunikationswegung
mit 
mit 
mit 

Eine aktive Beschäftigungspolitik auf nationaler (oder gar bayerischer?) Ebene ist weitgehend wirkungslos, weil ein beträchtlicher Anteil der Effekte auf Grund der hohen wirtschaftlichen Verflechtung in das europäische Ausland gings. In diesem Fall kann man jedoch davon ausgehen, daß Stolber hier die Wahrheit gesprochen hat, wenn er weniger Integration will. Denn die CSU und ihre Regierungspartner haben Beschäftigungspolitik ja schon immer mit Zuschauen und dem Hoffen auf "die Kräfte des Marktes" verwechselt.

"Wir wollen möglichst viel selber regeln, weil wir die Interessen der Bevölkerung am besten kennen", sagt Stolber. Nach meiner Interpretation heißt das beispielsweise:

1. Beispiel: Landwirtschaft

Ein bayerischer Bauer muß rund 20 Seiten Formulare ausfüllen, um von der EG Mittel entsprechend der Bullenmastverordnung zu erhalten. Für den gleichen Vorgang füllt ein französischer Bauer eine Seite aus. Bürokratischer Wasserkopf EG?

Was folgt daraus? Nicht die EG, sondern die nationalen (bayerischen) Behörden bringen die Bauern durch ihre Bürokratie zur Weißglut, schaffen es aber immer wieder, die EG als Sündenbock hinzustellen.

2. Beispiel: Verbraucherschutz

Im Frühjahr dieses Jahres legte die CSU-Staatsregierung eine sogenannte Subsidiaritätsliste vor. Darin waren alle Richtlinien und Verordnungen zusammengefaßt, die nach Meinung der Staatsregierung nicht von der EG hätten geregelt werden müssen. Darunter befand sich auch die Richtlinie über Pauschalreisen.

Einige Monate später standen Tausende von Urlaubern, die bei MP-Travel Line gebucht hatten, in ihren Urlaubsorten und konnten nicht nach Hause, weil der Veranstalter Pleite gemacht hatte. Wäre die EG-Richtlinie über Pauschalreisen fristgerecht in der Bundesrepublik umgesetzt gewesen, hätte dies nicht geschehen können.

Verbraucherschutz auf bayerische Art? Nein, aber nach CSU-Manier.

Das und noch vieles mehr hat CSU-Stolber (bewußt?) ausgeblendet, als er zum europapolitischen Geistesritt ins 19. Jahrhundert aufrief.

Natürlich ist mit Händen zu greifen, daß das Unbehagen über die Europäische Union in der Bevölkerung gewaltige Ausmaße angenommen hat. Denn selbstverständlich gibt es auch Fehlentwicklungen und falsche Politik in den Brüsseler Institutionen. Aber es denkt ja auch niemand (ernsthaft) daran, die Bundesrepublik Deutschland abzuschaffen, weil wir mit der Politik der Bundesregierung nicht zufrieden sind und die Zahl ihrer politischen Fehler innerhalb kürzester Zeit an einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde denken läßt.

Klar ist: Die Sorgen und Ängste der Menschen müssen aufgegriffen werden, die Menschen dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden - nicht nur, weil sich dies nicht mit demokratischem Anstand vertrüge, sondern weil wir die Europäische Union brauchen und sie nicht funktionieren wird, wenn sie nicht von den Menschen akzeptiert und getragen wird.

Deswegen gehen wir den schwierigen aber dafür nicht nur heute, sondern auch morgen richtigen Weg: Reform der Europäischen Union und Überzeugungsarbeit!

Stolber und seine CSU gehen einen anderen Weg: Den Blick fest auf die nächsten Wahltermine gerichtet - und keine Sekunde darüber hinaus -, hat man offensichtlich in der bayerischen Staatskanzlei festgestellt, daß die Lufthoheit über den Stammtischen scheinbar den 'Reps' und Brunnens gehört. Deswegen vergift man kurzerhand die letzten 30 Jahre europäischer Politik und propagiert das Europa der Nationen - so wie wir es vor dem Ersten Weltkrieg auch schon hatten. Die CSU weißt, daß sie damit in eine Sackgasse gerät, aber sie hofft auf das kurze Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler.

Deswegen sage ich: Die Europapolitik der CSU ist Wählerbetrug und schadet den bayerischen und deutschen Interessen. Sie löst kein einziges Problem, sondern verschlimmert die vorhandenen. Deswegen darf diese Politik keine Mehrheiten erhalten! (-/14. Dezember 1993/rs/tr)

Ein neuer Eckpfeiler der Familienpolitik

Die SPD will die gesellschaftlich getragene Grundsicherung für Kinder durchsetzen

Von Michael Habermann MdB

Mitglied der Ausschüsse Finanzen sowie Familie und Senioren des Deutschen Bundestages

Notwendigkeit, Möglichkeiten und Chancen der Weiterentwicklung des Kinderlastenausgleichs kommentiert der SPD-MdB Michael Habermann, Mitglied der Ausschüsse Finanzen sowie Familie und Senioren, dort zuständig für Fragen des Kinder- und Familienlastenausgleichs:

Der Lebensstandort Deutschland hat in den letzten Jahren gelitten. An der allgemeinen Wohlstandsentwicklung haben nicht alle gesellschaftlichen Gruppen in gleicher Weise teilnehmen können. Abkopplungserlebnisse von diesen materiellen Vermehrungsprozessen mußten Familien mit Kindern ertragen. Stärker als alle anderen Gruppen in diesem Land mußten Familien durch die Politik der Bundesregierung sogar Stillstand und Rückschritt erdulden. Wolfgang Thierse hat zu Recht die Entsolidarisierungsprozesse innerhalb unserer Gesellschaft auf dem SPD-Parteitag in Wiesbaden beklagt. Solidarität gilt es wieder neu zu organisieren, so seine Forderung.

Die SPD hat für Familien und Kinder die Richtung und die Ziele für diesen Organisationsprozeß auf dem Parteitag neu bestimmt. Familien können nun erwarten, daß die SPD schon in Ihrem Regierungsprogramm für die kommende Bundestagswahl diese neuen Eckwerte des Parteitagbeschlusses zum Kinderlastenausgleich übernimmt. Damit hat sich die SPD eine erste neue Plattform für die anstehende familienpolitische Strukturreform unserer Gesellschaft gegeben. Neu an den Überlegungen ist, daß es sich um einen Kinderlastenausgleich handeln muß,

- der sich am Existenzminimum eines Kindes orientiert;
- der sich nicht aus den von Familien selbst aufgebrauchten Steuermitteln finanziert;
- der diejenigen mit in die Finanzierung einschließt, die ohne Kinder in unserer Gesellschaft leben;
- der jährlich der Preissteigerungsentwicklung angepaßt wird.

Mit diesem Beschluß geht die SPD in Sachen Kinderlastenausgleich neue Wege. Es wurden vom Parteitag nicht nur die Voraussetzungen geschaffen, das jetzige 250 DM-Kindergeldmodell entscheidend weiterzuentwickeln, sondern insbesondere der Auftrag zum Handeln gegeben. Dabei hält die SPD auch in Zukunft an dem Grundsatz fest, daß jedes Kind unserer Gesellschaft gleich viel wert sein muß! Was dem Parteitagbeschuß aber zugrundeliegt, ist die Einsicht, daß

1. Kinderlastenausgleich mehr sein muß, als eine durch ein einheitliches Kindergeld zum Ausdruck kommende Steuergerechtigkeit,
2. Familien ihre "Entlastungen" nicht selbst finanzieren dürfen und
3. das bestehende Wohlstandsgefälle zwischen Kinderlosen und mit Kindern Lebenden abgebaut werden muß.

Die SPD-Politik für Kinder und Familien hat einen neuen Eckpfeiler erhalten: Die gesellschaftlich getragene Grundsicherung für Kinder. Damit hat sie in der Familienpolitik eine Position bezogen, die sich deutlich von den übrigen Parteien abhebt. Gleichzeitig gibt sie beim Kinderlastenausgleich die Politik des "bloßen Nachvollziehens durch Umrechnung des jeweiligen von der Bundesregierung festgesetzten Steuerfreibetrages für Kinder in ein einheitliches Kindergeld" auf.

Waren bisher vorwiegend der fiskalische Aspekt der haushaltsmäßigen Absicherung des bestehenden Lastenausgleichs (kostenneutrale Finanzierung) und die Streichung des Kinderfreibetrags für die SPD Leitgedanken für den Kinderlastenausgleich, so ist jetzt die sozialpolitische und gesellschaftspolitische Dimension dieser Frage deutlicher geworden. Sowohl die Höhe

des Kinderlastenausgleichs mit seiner Existenzminimumorientierung als auch der Anspruch, Verteilungsfragen innerhalb unserer Gesellschaft neu zu regeln, zeigt, daß die SPD Kinderkosten nicht mehr als Privatsache ansieht, sondern ein Signal gegen die zunehmenden Verarmungsprozesse von Familien in einer selbstgerechten Gesellschaft setzt.

Mit der noch im Unklaren bleibenden Beschlußformulierung, "durch geeignete Maßnahmen, ist ein wirksamer Familienlastenausgleich sicherzustellen", sind jetzt die familien- und finanzpolitischen Praktiker aufgerufen, den Parteitagsauftrag umzusetzen. Diese Konkretisierung muß schnell geleistet werden, da der Beschluß über die Weiterentwicklung des Kinderlastenausgleichs noch im anstehenden Regierungsprogramm berücksichtigt werden muß. So will es das oberste Beschlußgremium der Partei.

Spätestens jetzt können und werden die SPD-Familienpolitiker auf ihr Konzept der Kinderkasse zurückgreifen. Nicht nur, daß dieser Vorschlag den Wiesbadener Parteitagsbeschluß in exzellenter Weise umsetzt, gleichzeitig erfüllt er auch die kritischen und zurecht bestehenden Ansprüche der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitiker:

- Er entlastet die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in einer Größenordnung von jährlich netto 30 Milliarden DM;
- er entlastet die Haushalte der Bundesanstalt für Arbeit und der Rentenversicherungsträger von kinderbezogenen Ausgaben;
- er stärkt durch die sozial gerechte Umverteilung die Kaufkraft insbesondere von minderbemittelten Familien um mehrere Milliarden Mark;
- er schafft Verteilungsgerechtigkeit und beendet den Mißstand, daß Kinderkosten privatisiert und Kindernutzen sozialisiert sind;
- er verhindert wirksam, daß Familien mit Kindern wegen mangelndem Kinderlastenausgleich in den Sozialhilfebezug abrutschen.

Es muß in den nächsten Monaten möglich sein, die "politischen Macher" der anderen "Fakultäten" von dem Vorschlag der Kinderkasse, als ein Schritt hin zu einer familienpolitischen Strukturreform, zu überzeugen.

(-/14. Dezember 1993/rs/fr)

Demokratische Stabilisierung und behutsamer sozialer Fortschritt

Chile erweist sich nach der Wahl als stabiler Faktor in Südamerika

Von Ernst Waltemathe MdB

Vorsitzender der deutsch-chilenischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Die Wahlen zur Präsidentschaft, zur Abgeordnetenkammer und zu einem Teil des Senats in Chile am 11. Dezember 1993 haben eine Stabilisierung der Demokratie, der Liberalität und eines behutsamen sozialen Fortschritts gebracht. Der Christdemokrat Eduardo Frei ist ab 11. März 1994 für die nächsten sechs Jahre der Präsident Chiles und tritt damit genau 30 Jahre nach seinem gleichnamigen Vater (1964 - 1970) an die Spitze des Staates. Seine Mehrheit ist mit rund 58 Prozent noch überzeugender als diejenige, die der amtierende Präsident Aylwin vor vier Jahren erzielen konnte.

Das chilenische Wahlsystem für Senatssitze und Abgeordnetenmandate mit Zweierwahlkreisen hat größere Verschiebungen nicht zugelassen. In der neuen Abgeordnetenkammer nehmen 70 Abgeordnete des Wahlbündnisses aus Christdemokraten, Radikalen und Sozialisten Platz, zwei weniger als vor vier Jahren, aber immerhin eine deutliche, die Regierung stützende Mehrheit des 120-köpfigen Parlaments. Im Senat, dessen Mitglieder zur Hälfte neu gewählt wurden, gibt es 36 gewählte Senatorinnen und Senatoren, davon gehören gegenüber dem jetzigen Oberhaus noch 21 statt 22 den Parteien der Concertacion an. Allerdings besitzen die 17 gewählten Senatsmitglieder der rechtsgerichteten Parteien dadurch eine Mehrheit, daß nach wie vor acht von Pinochet "gesetzte" Senatsmitglieder das Oberhaus auf 46 Mitglieder erweitern. Eine Verfassungsänderung dürfte zu Lebzeiten Pinochets nicht zu erwarten sein. Umso verständlicher ist es, wenn Eduardo Frei versuchen wird, gegenüber der konservativen bis reaktionären Senatsmehrheit Überzeugungsarbeit zugunsten seiner Reformpolitik zu leisten.

Es ist zu erwarten, daß Ricardo Lagos, der Gründer der "Partei für die Demokratie", die eine große Rolle beim Plebiszit 1988 und beim Schmieden des Wahlbündnisses schon im Jahre 1989 aus Christdemokraten, Sozialisten und Radikalen spielte, von Eduardo Frei als Außenminister in die Regierung berufen wird.

Chile ist ein stabilisierender Faktor im südamerikanischen Subkontinent. Die Finanzen sind geordnet, und es gibt wirtschaftlich beachtliche Wachstumsraten. Die Prosperität darf gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, daß drei bis vier Millionen Menschen im Andenstaat an oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Eduardo Frei hat angekündigt, daß sein oberstes Ziel die Bekämpfung der Armut sein werde.

Chile, das ebenso wie die DDR im Spätherbst 1989 unblutig eine Diktatur abschütteln konnte, braucht weiterhin unsere Solidarität. Es hat unter den Bedingungen einer noch von der ehemaligen Militärjunta unter Pinochet stark beeinflussten Verfassung beachtliche Aufklärungsarbeit über die Opfer der Diktatur geleistet, eine vorsichtige Wiedergutmachung eingeleitet, aber es nicht geschafft, die Täter vor Gericht zu ziehen, weil dazu eine Einwilligung Pinochets nicht zu haben war und ist, und Chiles oberster Gerichtshof aus lauter alten Herren besteht, die von Pinochet handverlesen bestellt wurden. Justitia ist insofern auf einem Auge blind. Ob das allerdings in Deutschland soviel anders ist, was jetzt die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit angeht, sei dahingestellt. Nasenrumpfende Besserwisserei ist jedenfalls kaum angebracht.

Chile braucht Solidarität durch Taten. Dazu gehören Hilfen im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit, bei der Rückführung von Exil-Chilenen, und es gehören dazu faire Handels- und Wettbewerbsbedingungen.

Die Deutsch-chilenische Parlamentariergruppe wird voraussichtlich im Mai 1994 die Kontakte mit dem neu gewählten chilenischen Parlament festigen, die seit 1990 bereits zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt haben.

Den chilenischen Bürgerinnen und Bürgern kann zu ihrer Wahlentscheidung vom 11. Dezember 1993 nur gratuliert werden.

(-/14. Dezember 1993/ru/s/fr)

DOKUMENTATION

Das Vermächtnis von Erich Ollenhauer lebendig halten

Der 14. Dezember 1993 ist der dreißigste Todestag von Erich Ollenhauer, er war von 1952 bis 1963 Vorsitzender der SPD. Zur Erinnerung an ihn fand an diesem Tag eine Kranzniederlegung auf dem Bonner Südfriedhof statt. Im Rahmen der Gedenkstunde hielt Dr. Hans-Jochen Vogel eine Ansprache. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung nahm Holger Bömer an der Zeremonie teil. Wir dokumentieren die Worte von Vogel.

Wir haben uns hier versammelt, um an seinem Grabe unseres Freundes und Genossen Erich Ollenhauer zu gedenken. Noch nicht 63 Jahre alt starb er heute vor 30 Jahren. Manchen von den Jüngeren mag bei dieser Gelegenheit nur noch der Name in den Sinn kommen und vielleicht die Tatsache, daß er 17 Jahre lang an der Spitze unserer Partei stand - von 1948 bis 1962 als Stellvertreter Kurt Schumachers und dann bis zu seinem Tode als Vorsitzender.

Für uns Ältere verbindet sich mit seinem Namen mehr. Nämlich die Erinnerung an einen Mann, der die Einheit und die Kontinuität der sozialdemokratischen Bewegung über mehr als drei Jahrzehnte hinweg verkörperte. Zunächst in der Zeit der Emigration, in der er in Prag, in Paris und vor allem zuletzt in London unerschütterlich die auseinanderstrebenden Gruppierungen des demokratischen Sozialismus zusammenhielt. Und dann nach seiner Rückkehr in das Nachkriegsdeutschland, indem er den Prozeß der Erneuerung unserer Partei in der Ära moderierte und zum Ziel führte, die auf Kurt Schumacher folgte. Das Godesberger Programm war so betrachtet nicht zuletzt sein Werk. Und auch die Kanzlerkandidatur Willy Brandts im Jahre 1961, die den ersten Schritt auf dem Weg zur Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 1969 darstellt.

Zu diesen großen Leistungen hat Erich Ollenhauer ein ungewöhnliches Maß an Selbstopferlichkeit, Zielklarheit und Geduld befähigt. Aber auch eine unerschöpfliche Arbeitskraft, die ihn elf Jahre lang die doppelte Last des Parteivorsitzes und des Fraktionsvorsitzes bewältigen ließ. Befähigt hat ihn aber auch die ganz selbstverständliche Verwurzelung im Gedankengut des demokratischen Sozialismus. Es war die Verwurzelung eines Mannes, der zu Beginn dieses Jahrhunderts in Magdeburg als Sohn eines Maurers und einer Büglerin in die Arbeiterbewegung hineingeboren wurde und in ihr über die Arbeiterjugend und eine Reihe von Vertrauensfunktionen in immer größere Verantwortung hineinwuchs. Und dabei nie seine Herkunft vergaß.

Gewiß: Erich Ollenhauer hat sich nie in einem Staatsamt bewähren können. Und die Zahl der Niederlagen, die er zu bestehen hatte, war größer als die Zahl der Siege, die er feiern konnte. Aber gerade das macht seine Größe und Bedeutung aus: Daß er nie resignierte. Daß er stets die Sache wichtiger nahm als die eigene Person. Daß für ihn Führen und Dienen stets ein und dasselbe waren. Und daß seine Lebensführung dem entsprach, was er nach außen vertrat. Darin kann er uns noch heute Vorbild sein. Auch darin, daß er Kontinuität und Erneuerung stets miteinander zu verbinden wußte. Und daß für ihn die Partei nie nur ein Zweckverband, sondern immer auch eine Gesinnungsgemeinschaft war.

In diesem Sinne wollen wir uns hier vor ihm und auch vor seiner Frau Martha verneigen, die an seiner Seite ruht. Und wir wollen sein Vermächtnis lebendig halten. Das Vermächtnis eines Mannes, der seiner Partei und seinem Volk die Treue gehalten hat und an dessen solider Ehrlichkeit viel Arroganz, Eitelkeit und Polemik zuschanden geworden ist.

Sein Andenken wird uns auch in Zukunft begleiten.

(-/14. Dezember 1993/rs/fr)
